

**Bericht des Oberbürgermeisters
gemäß § 45 der Geschäftsordnung
des Rates und der Bezirksvertretungen**

- Halbjahresbericht -

Stand: 31.12.2008

Aus dem Bereich des Dezernates IV

Beschlüsse des Rates

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 19.06.2007
Vorlagennummer: A/0263/007 + A/0294/007

Betreff: „Haus des Jugendrechts – aus dem Stuttgarter wird ein Kölner Modell“

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, zur Bekämpfung der Jugendkriminalität ein erstes Maßnahmenpaket zu schnüren, das folgende Bausteine berücksichtigt und eine ausgewogene wie effektive Balance zwischen präventiven und repressiven Maßnahmen gewährleistet.

Präventive und unterstützende Maßnahmen

Die Verwaltung wird beauftragt:

Ein Baustein im Bereich der unterstützenden Maßnahmen für Jugendliche ist die Ausweitung der Schulsozialarbeit. Schulsozialarbeit muss in Kooperation mit Lehrerinnen und Lehrern als auch außerschulischen Partnern wie ASD, Polizei u. a. der Tendenz entgegenwirken, Gewalt als Konfliktlösung einzusetzen. Die Schule sollte ihren Standortvorteil und ihre Interventionsmöglichkeit nutzen, auf Geschehnisse in und an Schulen zeitnah zu reagieren. Bereits bestehende gewaltpräventive Ansätze in der Schulsozialarbeit sind weiterzuentwickeln.

Weiterhin bittet der Rat die Verwaltung, die aufsuchende Arbeit der mobilen Streetworker zu stärken. Besonders in Stadtteilen mit hoher sozialer Belastung bildet ihre Arbeit eine Brücke zwischen Cliquen der Jugendlichen wie den örtlichen Jugendeinrichtungen.

Erforderlich ist eine kritische Bestandsaufnahme, welche der präventiven Maßnahmen sich bewährt haben und welche Maßnahmen optimiert werden können. Voraussetzung ist eine intensive Kommunikation mit den Jugendhilfeträgern und Sozialraumkoordinatoren. Die Verwaltung wird daher beauftragt, die erforderlichen Schritte mit den freien Trägern abzustimmen.

Sanktionsorientierte und erzieherische Maßnahmen

Die Verwaltung wird gebeten, in Abstimmung mit den Kooperationspartnern Polizei und Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe ein Pilotprojekt zu entwickeln, welches analog zum Stuttgarter Modell eines „Haus des Jugendrechts“ eine konzentrierte Zusammenarbeit ermöglicht, um strafrechtliche Verfahren zu verkürzen und damit zeitnahe Reaktionen auf jugendkriminelle Aktivitäten zu ermöglichen.

Das Projekt sollte ähnlich dem Stuttgarter Modell eine wissenschaftliche Begleitung (Evaluation) erfahren. Hierbei sind die Ressourcen vor Ort zu nutzen. Zu-

dem fordern wir die Verwaltung auf dem Rat nach einem halben Jahr dem Rat einen Erfahrungsbericht vorzulegen.

Ziel muss ein vernetztes und verzahntes Konzept sein („Netz des Jugendrechts“).

Des weiteren bitten wir um Prüfung, inwieweit sich für Fälle leichter Kriminalität sogenannte „Teen – Courts“ eignen. Das kriminalpädagogische Jugendprojekt, in dem ein Schüलगremium erzieherische Maßnahmen gegen jugendliche Straftäter ausspricht und damit versucht die Einsichtsfähigkeit junger Täterinnen und Täter im gerichtlichen Verfahren zu steigern, wird in mehreren Bundesländern – in NRW etwa in Siegen – erfolgreich praktiziert.

Die bereits existierende Intensivtäterbetreuung in Köln ist über das bestehende Programm hinaus auszubauen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, ein integratives Gesamtkonzept zu entwickeln. Dabei sind die Anregungen, die im Ratsbeschluss vom 27. März 2007 benannt wurden, zu prüfen und das Ergebnis den beteiligten Ausschüssen zur weiteren Beratung vorzulegen.

Maßnahmenkonzept der frühen Prävention: Entwicklung von Handlungsfeldern

Das zu entwickelnde Gesamtkonzept sollte sich auf folgende Handlungsfelder konzentrieren und bereits bestehende Lösungsansätze weiterentwickeln:

- Einrichtung und Vernetzung von integrierten Frühwarnsystemen für Köln
- Verbesserung des Wohnumfeldes
- Kindertagesstätten
- Schulen (insbesondere Schulsozialarbeit)
- Sozialraumorientierung
- Familien (u. a. häusliche Gewalt)
- Jugendarbeitslosigkeit
- Weiterentwicklung der Arbeit in Jugendzentren
- Weiterentwicklung und Stärkung des Allgemeinen Sozialen Dienstes
- Weiterentwicklung des Netzwerkes „Erziehung in Schule“ nach dem Porzer Modell
- Aufnehmendes „Suchtclearing“ im öffentlichen Bereich; durch unmittelbare Kooperation mit den Ordnungskräften soll die direkte Zuführung von auffälligen, jungen Drogenabhängigen bei der Haftentlassung in ein Hilfesystem optimiert werden (Bindeglied zwischen Ordnungs- und Hilfsmaßnahmen)

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2008:

Gemäß Ratsbeschluss vom 19.06.2007 haben Stadtverwaltung, Polizeibehörde Köln, Staatsanwaltschaft, Amtsgericht und Bewährungshilfe ein Handlungskonzept für das "Kölner Haus des Jugendrechts" und weitere Bausteine für ein gemeinsames Netz des Jugendrechts entwickelt. Das Konzept wurde gemäß Beschluss vom 18.12.2008 durch den Rat der Stadt Köln angenommen. Die Verwaltung wurde durch den Rat in derselben Sitzung mit der Umsetzung beauftragt. Eine geeignete Immobilie wurde gefunden und angemietet.

Insofern wird der Beschluss des Rates vom 19.06. 2007 als erledigt betrachtet.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 27.03.2007
Vorlagennummer: A/0145/007+A/0147/007

Betreff: Bekämpfung der Jugendkriminalität

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Fachtagung zum Thema Jugendkriminalität zu initiieren. Zu diesem Hearing sollen neben anerkannten Experten zum Thema Jugendgewalt und lokalen Akteuren aus den Bereichen der Jugend- und Sozialarbeit (z. B. Wissenschaft, städtische Ämter, Vertreter des Landesjugendamtes), der Polizei und der Justiz (Staatsanwälte, Richter, Bewährungshelfer, Vertreter der Jugendgerichtshilfe) auch die Ratsausschüsse Jugendhilfe, Schule und Weiterbildung, Soziales sowie der Integrationsrat eingeladen werden. Ziel ist es, über notwendige Initiativen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität in Köln zu beraten und im Weiteren zu beschließen.

Zur Vorbereitung des Hearings ist von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Polizei eine detaillierte Bestandsaufnahme vorzunehmen, die eine gemeinsame Datenbasis zur Diskussion enthält und nachfolgende Sachverhalte klärt:

Wir bitten, die Entwicklung zu Tatverdächtigen und Anzeigeverhalten seit dem Jahr 2000, die tatsächliche Kriminalitätsentwicklung und der Gewaltdelikte generell sowie speziell im Bereich der Jugendkriminalität zusammenzustellen. Zudem sind Informationen zu Strukturen und Entwicklung der sog. Jugendgangs darzustellen und zu erläutern. Außerdem ist eine Definition von Intensivstraftätern vorzunehmen und die Praxis der Behandlung dieser Täter aufzuzeigen. Darüber hinaus soll die Verwaltung darlegen, welche Konzepte von Polizei, Ämtern und sozialen Trägern bislang verfolgt wurden und welche Erfahrungen sie bisher gemacht haben.

Auf Basis dieser ermittelten Daten und Fakten soll sich die Expertenrunde zum einen mit möglichen Ursachen und dem aktuellen Stand von Jugendkriminalität in Köln und insbesondere der Gewaltdelikte befassen. Zum anderen sollen die vorhandenen Lösungsansätze und Handlungsinstrumentarien danach beurteilt werden, inwieweit diese ausreichen oder zielgerichteter eingesetzt bzw. weitere Maßnahmen getroffen werden müssen. Das Hearing „Jugendkriminalität in Köln“ dient der Vorbereitung späterer, möglicher Beschlussfassungen in den Fachausschüssen.

Beraten werden sollten:

Individuelle und gesellschaftliche Ursachen

wie z.B. Erziehungsprobleme in den Familien, strukturelle Probleme unseres Bildungs- und Hilfesystems, soziale Ausgrenzung durch Armut, Berufs- oder Arbeitslosigkeit, unzureichende Schulabschlüsse, Wohnumfeld und Zunahme von Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft insgesamt.

Bisherige Konzept zur Prävention

Hier sollten z.B. Erfahrungen des „Netzwerk Erziehung“ oder zum Stufenkonzept „Kinder und Jugendliche aus dem Bereich der unerlaubt eingereisten Flüchtlinge“ einfließen. Die Einbindung von Kindertagesstätten, Schulen und Jugendeinrichtungen, ASD sowie Ordnungspartnerschaften und mögliche kriminalpräventive Räte soll besonders betrachtet und auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Es ist wichtig, sowohl positive Erfahrungen als auch Lücken in der Präventionsarbeit in Köln darzustellen.

Dabei sind die Erfahrungen aus den Schwerpunktgebieten Bickendorf, Porz-Finkenbergr und Bocklemünd besonders zu berücksichtigen. Zudem ist zu klären, welche Möglichkeiten bestehen, die Kölner ARGE, die Beschäftigungsträger im Kölner Hilfesystem als auch Unternehmen etwa in eine Job-Initiative für Jugendliche aus Brennpunkten einzubeziehen. Ähnliches gilt für die Wohnungspolitik dieser Stadt.

Bisherige Konzepte zur Strafverfolgung und zum Strafverfahren

Es ist zu klären, welche repressiven Maßnahmen von Behörden umgehend angewendet werden, wenn Vorbeugungs- und Hilfemaßnahmen bei Serientätern nicht erfolgreich waren. Im Rahmen der Jugendkriminalität haben sowohl Strafverfolgung als auch Bestrafung (z.B. „Strafe folgt auf dem Fuße“) eine besondere, weil auch pädagogische Bedeutung. Der Anspruch auf eine positive Entwicklung der Kinder und Jugendlichen stellt besondere Anforderungen an die Maßnahmen inklusive ihrer fachlichen Begleitung. Resozialisierung von Kindern und Jugendlichen muss grundsätzlich andere Kriterien erfüllen als die von Erwachsenen. Vor dem aktuellen Hintergrund erscheint es erforderlich, die Zusammenarbeit von Jugendamt, Polizei und Justiz kritisch zu überprüfen und zu verbessern. Konzepte und Erfahrungen aus der Praxis sollen mit Vor- und Nachteilen erläutert werden. Darüber hinaus ist die Frage zu stellen, ob die derzeitige Gesetzeslage als angemessen und ausreichend beurteilt wird.

Gemäß Antrag von Ratsmitglied Herr Helling beschließt der Rat folgende Unterlagen an die Fachtagung zum Thema Jugendkriminalität weiterzuleiten:

- Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 27. März 2007 zum TOP 2.1.19 der heutigen Ratssitzung
Ds-Nr.: A/0147/007
- Beschluss des Rates vom 07. Oktober 2003 betreffend Kölns Initiative zum Abbau der Jugendkriminalität sowie zu wirksameren Maßnahmen gegenüber minderjährigen Intensivstraftätern
Beschlussbuch-Nr.: 3192
- Wortprotokoll zu TOP 3.1 der Sitzung des Rates vom 07. Oktober 2007
- Mitteilung aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 23.01.2007 betreffend Weiterführung des Projekts „Sozialpädagogische und schulische Hilfen für Roma-Flüchtlingfamilien in Köln“
- Die, von der Gleichstellungsbeauftragten Frau Kronenberg formulierten Anmerkungen:
 - Geschlechtsdifferenzierte Betrachtung der Jugendkriminalität,
 - in diesem Zusammenhang auch der Bezug zwischen Jugendkriminalität und häuslicher Gewalt bzw. Gewalt im öffentlichen Raum.

Sachstand 31.12.2008

Am 29.01.2008 hat der Rat beschlossen, Mittel für folgende Handlungsfelder zur Verfügung zu stellen. Der Sachstand zur aktuellen Umsetzung - insbesondere im Hinblick auf Kooperation und Verzahnung der einzelnen Bausteine - stellt sich wie folgt dar:

Steuerung und Intervention durch Streetwork

Bisherige Erfahrungen aus der Praxis

Bisher sind ca. 35 Meldungen über Bezirksjugendpflege, ASD Außenstellenleitung, Ordnungsamt und Polizei eingegangen. Weitere Meldeberechtigte sind das Amt für Kinderinteressen, Schulen/Schulverwaltungsamt und die Kölner Verkehrsbetriebe.

Arbeitsschritte und Arbeitsaufträge wurden geklärt. Kontakte zu Jugendlichen wurden hergestellt. Handlungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Lebenssituation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen wurden entwickelt und werden derzeit umgesetzt.

Einsätze bei besonderen Anlässen:

- Mitarbeit in der Gefangensammelstelle der Polizei in Brühl während der *pro Köln* Demonstration. Aufgabe: Die von der Polizei in Gewahrsam genommenen Jugendlichen zu betreuen.
- Bereitschaftsdienst am 07.11.2008 während des Konzertes der englischen Rockgruppe Oasis im Gloria. Ordnungsamt vermutete starken Auflauf von Jugendlichen und ggfs. Wildcampen im Umfeld des Konzertsaales.
- Streetwork Intervention am 11.11.2008 im Bereich Altstadt/ Bahnhof. Zwei Teams setzten sich zusammen aus zwei Fachkräften vom Ordnungsdienst und 2 Streetworkern. Ein Team setzte sich aus 3 Streetworkern zusammen.

Schnittstellenmanagement

Um eine reibungsfreie und strukturierte Zusammenarbeit zu gewährleisten, werden als Arbeitsgrundlage Schnittstellenmanagementkonzepte verwendet.

Erstellt von der Abt. Jugendförderung für die Zusammenarbeit mit:

- Polizei
- Ordnungsamt
- Außenstellen
- 512 Abt. Amt für Kinderinteressen (Spielplatzangelegenheiten)
- Bezirksjugendpflege
- Aufnehmendes Suchtclearing (53 Gesundheitsamt)
- Hauptschulen, Förderschulen, Berufskollegs ist derzeit in Arbeit
- Kölner Verkehrsbetriebe ist derzeit in Arbeit

Schnittstellenmanagementkonzepte werden derzeit mit den Hauptschulen, Förderschulen und Berufskollegs und den Kölner Verkehrsbetrieben vereinbart.

Vernetzungsstruktur mit Federführung bei Jugendamt/ Jugendförderung:

- Arbeitsgemeinschaft gem. § 78 SGB VIII (AG 78) „Organisation von Großveranstaltungen“ und „Problematische Jugendgruppierungen
- Arbeitskreis „Mobile Jugendarbeit Köln“

Streetwork am 19.02.2009 - Weiberfastnacht -

Das Konzept sieht vor, dass Streetwork sowohl stationär (Pavillons) als auch mobil im Bereich Rheinufer Präsenz zeigen soll. Als äußerliche Erkennbarkeit werden die StreetworkerInnen Westen mit der Aufschrift *Streetwork* tragen.

Arbeitsaufträge:

Pavillon

- Ansprechpartner für Belange der anwesenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen (Z.B. Karnevalsbedingte Partnerschaftsprobleme, übersteigter Alkohol- oder Drogenkonsum, Erschöpfungszustände, Diebstähle und Raub / s.g. „abziehen“).
- Beratung zu jugendspezifischen Problemen.
- Angebot von antialkoholischen Getränken und Nahrungsmitteln.
- Benachrichtigung des Rettungsdienstes bei erhöhtem Alkoholkonsum von Jugendlichen.
- Erste Hilfe im Notfall leisten, z.B. Erstversorgung bei Verletzungen bis Sanitätsdienst eintrifft.

Aufsuchende Tätigkeit

- Deeskalation bei drohenden Konflikten (Verhindern von Gewalteskalationen durch beruhigendes Einwirken, Methode des „Ablenkungsmanövers“).
- Brückenfunktion zum Pavillon

Ausweitung der Schulsozialarbeit mit 4 Stellen

Die Besetzung der Schulsozialarbeiterstellen erfolgte zum Schuljahresbeginn am 01.08.2008 an folgenden vier Schulen:

- Förderschule Lernen Rosenzweigweg
- Förderschule emotionale und soziale Entwicklung Berliner Straße
- Hauptschule Ferdinandstraße
- Hauptschule Rendsburger Platz

Im Mittelpunkt der präventiven Arbeit liegt das möglichst früh ansetzende und regelmäßige Training sozialen Verhaltens in Gruppen und Klassen.

Für die alltäglichen Konflikte im Schulalltag werden Methoden initiiert bzw. bei bereits bestehenden Ansätzen mitgearbeitet, die eine Aufarbeitung und Klärung von Konflikten ermöglichen und fördern. Hier stehen derzeit das Trainingsraumprojekt und Streitschlichteransätze im Mittelpunkt.

Bei allen Ansätzen wird ein besonderes Augenmerk auch auf die zunächst nicht offensichtlich auffälligen Kinder und Jugendlichen gerichtet.

Die vier eingesetzten Fachkräfte werden mittlerweile von Schülerinnen und Schülern nicht nur durch die Vermittlung von Lehrkräften für Hilfestellungen eingefordert sondern auch eigeninitiativ von Kindern und Jugendlichen aufgesucht. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass das Angebot der aufsuchenden Sozialarbeit bei den Zielgruppen bereits als niederschwelliges Angebot anerkannt und genutzt wird.

Die Einschaltung der Schulsozialarbeit in Fällen von bereits gewalttätig und zum Teil delinquent gewordenen Schülerinnen und Schülern erfolgt in ersten Einzelfällen. Hier erhält besonders die Bindegliedrolle der Schulsozialarbeit als Mittlerin zwischen Schule, Elternhaus, außerschulischen Diensten, Polizei und den betroffenen Schülerinnen und Schülern eine hohe Bedeutung; hier insbesondere in Gesprächen mit Eltern.

Ausweitung der Projekte im Bereich Mitternachtssport

Die Realisierung des Mitternachtssports wurde in die Hände der Sportjugend Köln e.V. gelegt, die mit der Planung und Umsetzung solcher Angebote durch Sportvereine in den vergangenen Jahren bereits umfangreiche Erfahrungen gemacht hat.

Mitternachtssportangebote erweitert:

Die Sportjugend Köln bietet in enger Zusammenarbeit mit dem Sportamt der Stadt Köln und mit 12 Kölner Sportvereinen in jedem Stadtbezirk Sport um Mitternacht an.

Jugendliche können Fußball und Basketball spielen, Judo trainieren, boxen und tanzen.

Die Teilnahme an dem Judo-Angebot in Köln-Ehrenfeld und dem Tanz-Angebot in Köln-Mülheim ist Mädchen vorbehalten.

In die Planungen haben die Veranstalter die Bezirksjugendpflege und die benachbarten Jugendeinrichtungen einbezogen.

Die örtliche Polizei hat ihre Kooperation in Form von „Präsenz vor Ort“ dort angeboten, wo es als notwendig erachtet wird.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 08.11.2007
Vorlagennummer: AN/1298/2007, AN/1361/2007 und AN/1391/2007

**Betreff: „2007 – Europäische Jahr der Chancengleichheit“ -
Handlungskonzept gegen die Folgen von Kinderarmut**

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung,

1. einen Bericht zu erstellen und zu veröffentlichen, der jährlich fortgeschrieben wird, der die Zahlen der Kinder und Jugendlichen mit Armutsrisiko in Köln aufführt,
2. ein Handlungskonzept zu entwickeln, das allen Kindern und Jugendlichen in Köln unabhängig vom sozialen Status der Familien einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Sport, Kultur und sonstigen gesellschaftlichen und fördernden Bereichen unter Berücksichtigung kommunaler Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung, sowie der Wohnraumversorgung ermöglicht,
3. im Rahmen der zukünftigen Halbjahresberichte des Oberbürgermeisters die Maßnahmen zur Verbesserung der Chancen auf Teilhabe kontinuierlich aufzuführen und ihre Effizienz darzustellen und jährlich eine Sozialberichterstattung zu veröffentlichen.

Zu den Haushaltsplanberatungen 2008 sind die für die Umsetzung eines solchen Handlungskonzepts notwendigen Zielvorgaben und Aufwendungen im Jugendhilfe- und Sozialausschuss zur Beratung darzustellen.

Sachstand:

Sachstand zum 30.06.2008:

Ein Grobkonzept ist erstellt. Dezernatsübergreifende Ergänzungen und Abstimmungen mit zu beteiligenden Ämtern laufen. Nach Überarbeitung und erneuter Abstimmung mit den beteiligten Ämtern der Dez. IV und V wird das Handlungskonzept fertig gestellt.

Sachstand zum 31.12.2008:

Wichtige Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen von Kinderarmut wie

- die Erweiterung des sozialen Frühwarnsystems
- der Gefährdungs-Sofort-Dienst
- die sozialverträgliche Neufestsetzung der Elternbeiträge
- die Reduzierung des Eigenanteils für das Mittagessen in Kindertagsstätten und Grundschulen
- der bereits erfolgte Ausbau der Betreuung der unter 3jährigen Kinder mit den erheblichen Anstrengungen, die diesbezüglich in den nächsten Jahren unternommen werden
- der Ausbau der Nachmittagsbetreuung in der Primar- und Sekundarstufe
- der Ausbau der Ganztagschulen
- Maßnahmen gegen Jugendkriminalität

sind bereits beschlossen und werden umgesetzt.

Weitere Bausteine sind in der Prüfung.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 29.05.2008
Vorlagennummer: AN/0993/2008+AN/1127/2008

Betreff: Neuordnung der Bildungslandschaft Finkenberg

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit allen im Bereich Jugend und Schule tätigen Trägern ein zukunftsfähiges bildungspolitisches Konzept für Porz-Finkenberg zu erarbeiten. Der Auftrag bedingt auch eine räumliche und bauliche Neuordnung der Bildungs- und Betreuungslandschaft im Stadtteil. Der beabsichtigte Rückbau der städtischen Sozialhäuser an der Theodor-Heuss-Str. eröffnet an einer städtebaulich zentralen Stelle im Stadtteil zusätzliche Möglichkeiten der Flächenarrondierung.

1. Ziel ist die sinnvolle Vernetzung und Kooperation aller Angebote in der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie ein am zukünftigen Bedarf ausgerichtetes Betreuungsangebot in den örtlichen Kindertagesstätten, dem Schulzentrum Stresemannstraße, der Jugendeinrichtung, der Familienbildungsstätte sowie der „Finkenbergschule“.
2. Alle geplanten Maßnahmen müssen im Einklang mit dem integrierten Handlungskonzept der Sanierung Finkenberg stehen und mit den dort in den kommenden zwei Jahren vorgesehenen Teilmaßnahmen im Bereich „Kinder und Jugend“ abgestimmt werden.
3. Über das koordinierende Fachamt zur Sanierung Finkenbergs und die Koordinatorin des Sozialraums ist eine enge Abstimmung mit allen im Sozialraum aktiven Akteuren zu gewährleisten.
4. Wir beauftragen die Verwaltung, ein Zeit-Maßnahmenprogramm, eine Prioritätenliste der notwendigen Maßnahmen sowie einen Kostenplan für die kommenden Haushaltsjahre zu erstellen.
5. Die Verwaltung wird aufgefordert mitzuteilen, welche weiteren Stadtteile in Köln zum einen durch städtebauliche Veränderungen/Sanierungen bzw. zum anderen durch demographischen Wandel eine Neugestaltung der Bildungs- und Betreuungslandschaften zulassen bzw. aus welchen Gründen notwendig machen.

Hierbei ist der Prüfauftrag an die Verwaltung vom vergangenen Herbst in Bezug auf das Projekt Bildungslandschaft Höhenberg/Vingst und dessen Kompatibilität mit anderen Sozialräumen mit einzubeziehen.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2008

Eine Mitteilung (Vorgangs-Nummer 5057/2008) zum aktuellen Sachstand und weiteren Vorgehen wurde den Ausschüssen Stadtentwicklung, Soziales und Senioren, Schule und Weiterbildung, Jugendhilfe und BV 7 im November/Dezember 2008 vorgelegt.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 24.06.2008
Vorlagennummer: AN/1293/2008

Betreff: Tarifierhöhung Träger der Wohlfahrtspflege etc.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Mehraufwendungen der aktuellen Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst für die Jahre 2008 und 2009 bei den städtischen Zuschüssen an die Träger der freien Wohlfahrtspflege sowie der sonstigen freien Träger aus den Bereichen Jugendhilfe, Sozialarbeit Gesundheit und Migration sowie an die Träger von Bürgerzentren in dem in Anlage 1 bis 3 dargestellten finanziellen Umfang zu berücksichtigen.

Die haushaltsmäßige Umsetzung der Mehraufwendungen erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung 2008 und 2009.

Die Mittel stehen unter Verteilungs-/Freigabebewehrbehalt des jew. Fachausschusses.

Die Auszahlung der städtischen Zuschüsse zur Abdämpfung der aktuellen Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst (Personalkostensteigerungen) erfolgt gegen Nachweis und in Höhe der bei den Trägern hierdurch konkret entstandenen Mehrbelastungen.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2008

Der Rat hat am 25.09.2008 einen generellen Verteilungsbeschluss über die zugesetzten Mittel gefasst. Bei den einzelnen Förderbereichen wurden jeweils entsprechende Mittelverteilungen beschlossen.

Der Auftrag ist damit für 2008 erledigt. Für 2009 wird die Verteilung nach demselben Schema vorgenommen.

Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 24.8.1993
Vorlagenummer: 1140/093

Betreff: Programm für benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene ohne berufliche Perspektiven

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung:

1. zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, für benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene im Übergang von der Schule in den Beruf zusätzliche Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramme zu entwickeln, die den spezifischen Bedürfnissen der Betroffenen gerecht werden;
2. zu prüfen, ob Ausbildungsbetriebe aus dem Bereich Handel, Handwerk oder Industrie bereit sind, gegebenenfalls in Kooperation mit erfahrenen Qualifikationsträgern, Ausbildungsplätze für die Zielgruppe anzubieten;
3. zu prüfen, inwieweit Jugendberufshilfe und Schulverwaltung bei der Entwicklung entsprechender Programme ihre Kooperation noch verstärken können und welche Stellen darüber hinaus ggf. in zu treffende Vereinbarungen mit einbezogen werden müssen;
4. darstellen, welche teilnehmerbezogenen Rahmenbedingungen zu schaffen sind und welche Träger zu entwickelnde ergänzende Maßnahmen umgesetzt werden können;
5. mögliche Finanzierung durch Dritte (europäischer Sozialfonds usw.) darzustellen.

Sachstand:

In den vergangenen Berichtsjahren sind unter Nutzung der verschiedenen Projektförderungen auf Bundes- und Landesebene in Köln stabile Arbeitsstrukturen und Maßnahmenpakete entstanden, die in ihrer Gesamtheit das Übergangsmanagement Schule – Beruf ausmachen.

Im Verlaufe des Jahres 2007 sind die Arbeitsstrukturen gefestigt und auch die Maßnahmen in den Regelbereich integriert worden, die bislang noch Pilotcharakter hatten. Ende 2007 sind alle bisher genutzten Förderprogramme ausgelaufen.

In Bezug auf die beiden Zielbereiche

1. Die Hebung der Qualität der Schulabgänger durch präventive Arbeit im Übergangsbereich der Sekundarstufe I mit dem Ziel der Ausbildungsreife für alle Jugendliche.
2. Die Reduktion der Anzahl der Jugendlichen in Warteschleifen durch passgenaues Schnittstellenmanagement nach der Sekundarstufe I stellt sich die Situation wie folgt dar:

Die präventive Arbeit in Kooperation mit den Schulen der Sekundarstufe I nimmt den Hauptteil der Arbeit im Übergangsmanagement ein. Sie konzentriert sich auf die folgenden Maßnahmen, die bisher im Rahmen des Projektes „Übergangsmanagement Schule – Beruf in Köln“ der Gemeinschaftsinitiative EQUAL gefördert worden sind und nun weiter laufen:

1. Interkulturelle Elternarbeit mit den Standorten DTVK, Vingster Treff und Coach e.V.

Dabei geht es um eine enge Kooperation der interkulturellen Zentren mit Schulen. Die angebotenen Elterninformationen sind immer gekoppelt an konkrete Unterstützungsangebote für Jugendliche. Die Unterstützungsangebote richten sich aus den an den konkreten Bedarfen, sie beinhalten meistens Sprachförderung und fachliche Hilfen und erstrecken sich auf die Sekundarstufe I aber auch auf die Sekundarstufe II.

2. Kompetenzcheck Klasse 8 – KompAss für die Klassen 8 der Hauptschulen

Hinter diesem Begriff verbirgt sich eine Potentialerhebung in der Klasse 8 mit anschließendem Beratungsgespräch mit den Jugendlichen und ihren Eltern. Als Ergebnis wird eine gemeinsame Berufswegeplanung angestrebt, die anschließend in Form individueller Förderung in den Schulen und in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern, z. B. den Jugendwerkstätten umgesetzt wird. In 2008 werden auf diese Weise alle Jugendliche der Klassen 8 der Hauptschulen begleitet.

3. Schulung der Berufswahlkoordinatoren in allen Schulformen

Für die verschiedenen Schulformen sind Konzepte erarbeitet worden, die nun in Zusammenarbeit mit der VHS und der Lernenden Region umgesetzt werden. Es ist davon auszugehen, dass Ende 2008 alle Schulen entsprechend ausgebildetes Personal haben.

4. Durchführung der Schulabgängerbefragung

Die Schulabgängerbefragung wird ab 2008 in Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik durchgeführt und ist fester Bestandteil des Kölner Ausbildungsberichtes.

5. Neue Formen handlungsorientierten Mathematikunterrichts in Berufskollegs und Schulungen zu Beratungslehrern

Diese Aktivitäten werden über die Bezirksregierung koordiniert. Zusätzlich dazu ist durch das Schulamt für die Stadt Köln beim MAGS eine Projektförderung beantragt worden, die auf eine Optimierung des Übergangssystem in den Berufskollegs zielt.

Die Mittel für die Fortführung dieser Projekte entstammen aus Fördertöpfen der Agentur für Arbeit Köln, die mit Lehrerstellenteilen kofinanziert werden. Die Mittel zur Schulung von Koordinierungspersonal zum Thema Berufsorientierung werden über die Stiftung Partner für Schule zur Verfügung gestellt. Lediglich die Schulabgängerbefragung erfolgt unter Inanspruchnahme städtischen Personals.

Die in EQUAL erarbeitete Kooperationsform im Bereich Sprachförderung mit der Universität zu Köln und der Bezirksregierung Köln wird in anderem Kontext unter Geschäftsführung der Stadt Köln weitergeführt.

In Zusammenarbeit von Stadt Köln, Schulamt für die Stadt Köln und Bezirksregierung Köln wird eine Beteiligung an der Förderlinie „Übergangsmanagement Schule – Beruf“ des BMBF angestrebt, um die bisher entwickelten Arbeitsstrukturen zu festigen, zu optimieren und in den sozialräumlichen Ansatz der Stadt zu integrieren.

Sachstand zum 31.12.2008

Zum Übergangsmanagement Schule-Beruf wurde zwischen der Stadt Köln, dem Schulamt und der Agentur für Arbeit ein Kooperationsvertrag erarbeitet.

Zur Realisierung des Übergangsmanagements Schule-Beruf haben die Koordinationsstelle Jugendberufshilfe und die Jugendberatungsstelle neue Räumlichkeiten im Media Park bezogen. Weitere Kooperationspartner sollen folgen. Am 01.12.2008 fand ein erstes Arbeitstreffen statt, das dazu dienen sollte, Ressourcen, Arbeitsschwerpunkte und erste Umsetzungsschritte zu bündeln. An diesem Treffen nahmen neben 51 auch die Agentur für Arbeit, das Schulamt, das Sozialamt, die Bezirksregierung, das Amt für Wirtschaftsförderung und die Lernende Region teil.

Im Oktober wurde mit „komm auf Tour“ ein drei Tage dauerndes Berufswahlorientierungsprogramm in der Halle Kalk durchgeführt, an dem ca. 700 Schüler/innen und Teilnehmer/innen einer Jugendwerkstatt teilnahmen. Zur Realisierung des aufwendigen Programms, das von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, der Bundesagentur für Arbeit und dem Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW angeboten wird, kooperierten verschiedene Kölner Ämter und freie Träger.

Zum Thema „Wege in Beruf und Studium“ fand Ende Oktober im BIZ eine Ausstellung für die 9. und 10. Klassen von Haupt- und Realschulen statt. Ca. 2400 Schüler/innen besuchten die Veranstaltung. Der rege Besuch und die vermehrte Nachfrage weisen auf einen erhöhten Informationsbedarf bei Eltern und Schüler hin.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 05.06.2001
Vorlagennummer: 0845/000, 1050/000, 1082/000

Betreff: Umwandlung der städtischen Kinderheime in eine eigenbetriebs-ähnliche Einrichtung

Beschluss:

Nach eingehender Diskussion, an der sich Herr Kluth, Herr Beigeordneter Dr. Schulte, Frau Radermacher, Frau Necks, Frau Schlitt und Herr Peil beteiligen, beschließt der JHA einstimmig bei Enthaltung der SPD-Fraktion, die Verwaltung zu beauftragen, auf Basis der bisherigen Verwaltungsmitteilungen eine Vorlage zur Umwandlung der Kinderheime in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung zu fertigen.

Sachstand:

In seinen Beschlüssen vom **14.02.2006** und **22.06.2006** hat der **Rat** die entsprechenden Entscheidungen zur Grundstücksentwicklung des Geländes Sülz der Städtischen Kinderheime getroffen. Entsprechend des Ratsbeschlusses wurde ein Plangutachten durchgeführt. Am 20.10.2006 wurden die vorgestellten Arbeiten im Rahmen einer Jursitzung bewertet; der beste Entwurf wird nunmehr in die entsprechenden politischen Gremien eingebracht. Außerdem wurde ein Verfahren gem. VOF für den Teilnehmerwettbewerb zur Gewinnung eines Projektentwicklers durchgeführt. In der Zwischenzeit wurde mit dem Projektentwickler, der nach einem Auswahlverfahren gewonnen werden konnte, ein Vertrag abgeschlossen.

Ziel ist, die Vermarktung des Geländes und die Suche nach dezentralen Ersatzstandorten für die stationären Angebote der Städtischen Kinderheime sowie eines zentralen Koordinationszentrums zu parallelen Ergebnissen zu führen.

Zwischenzeitlich ist in einem ersten Schritt die europaweite Ausschreibung für die Veräußerung der Baufelder 4, 6 und 7 veröffentlicht. Die Abgabefrist der Teilnahmeanträge endet am 30.09.2008. Danach erfolgt das Verhandlungsverfahren. Die Verwaltung geht davon aus, dass bis Sommer 2009 die ersten Kaufverträge abgeschlossen sind. Die zukünftige Rechtsform ist nach Abschluss und Umsetzung dieser Entscheidungen ggf. nachrangig zu betrachten.

Die Entscheidung zum Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 05.06.2001 wurde zunächst zurück gestellt.

Sachstand zum 31.12.2008

Mit Beschluss vom 24.06.2009 (nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss, dem Stadtentwicklungsausschuss sowie dem Liegenschaftsausschuss) hat der Rat dem Verwaltungsvorschlag zur europaweiten Ausschreibung der Baufelder auf dem Gelände Sülzgürtel 47 zugestimmt. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass zwei Baufelder (3 und 5) an Baugruppen zu veräußern sind.

Zur Zeit befinden sich bereits fünf Baufelder der sieben Baufelder in der Vermarktung; die Verwaltung geht davon aus, dass drei dieser Baufelder (4,6 und 7) noch in 2009 und die beiden Baufelder 3 und 5 Anfang 2010 veräußert werden.

Die Entscheidung zum Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 05.06.2001 bzgl. der künftigen Rechtsform wird zunächst zurückgestellt.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 09.07.2002
Vorlagenummer: 1003/002+1105/002+1108/002

Betreff: Modellprojekt „Patenschaften für arbeitslose Jugendliche“

Beschluss:

Die Anträge der Fraktionen wurden der Verwaltung gesammelt durch einstimmigen Beschluss des JHA als Prüfauftrag mit dem Ziel, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln und dem JHA vorzustellen, übergeben.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2008

Das Rahmenkonzept „Patenschaften für arbeitslose Jugendliche“ des Amtes für Kinder, Jugend und Familie wurde im September 2003 dem JHA und dem Ausschuss für Soziales und Senioren vorgestellt. Das Konzept stellt eine Grundlage für die Entwicklung von Patenschaftsmodellen für arbeitslose Jugendliche in Köln dar. Seit dieser Zeit wurden auf der Ebene unterschiedlicher Projekt- und Finanzierungsansätze die Umsetzungsmöglichkeiten des Patenschaftsgedankens u.a. durch die Träger SKF, Jugendhilfe Köln e.V., Jugendcafe Chorweiler, „Ceno & Die Paten e.V. und der Kath. Fachstelle für Jugendpastoral und Jugendhilfe“ erprobt.

Im Rahmen des Programms „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ für Bocklemünd-Mengenich erfolgte die Durchführung des Projekts „Jugend aktiv in Arbeit – das Patenprojekt“. Ehrenamtliche Paten unterstützen und begleiten benachteiligte Jugendliche im Übergang von der Schule in den Beruf. Als Kooperationspartner wurden erfolgreich Kirchengemeinden, vor Ort ansässige Vereine, Schulen und Träger der Jugendhilfe eingebunden.

Ziel war u.a. die Gewinnung von Paten, der Aufbau von Fortbildungsangeboten, die Bildung eines Patenteams. Die Zielvorgaben des Mikroprojekts wurden in vollem Umfang erreicht (8 Paten wurden eingebunden, 12 Jugendliche sind begleitet worden, die Bildung eines Patenteams wurde angestoßen).

Projektlaufzeit 4 Monate (01.02.-31.05.2008) Projektkosten 4200 Euro.

Auf der Grundlage von Erkenntnissen der U-25 – Konferenz bzgl. des Stadtteils Chorweiler entwickelte sich die Idee, arbeitslose Jugendliche mit Hilfe eines Mentorenprojekts anzusprechen und zu begleiten. Hierbei sollen geeignete Jugendliche/junge Erwachsene die Mentorenfunktion nach dem sogenannten „Buddy-Prinzip“ übernehmen. Die Kath. Jugendwerke Köln e.V. entwickelten im Jahre 2008 eine entsprechende Konzeption. Mittel wurden hierfür bei der RheinEnergie Stiftung beantragt.

Projekttitle: „Wir für uns“ – Jugendliche unterstützen Jugendliche.

Geplanter Projektbeginn 01.03.2009.

Erste Erfahrungswerte könnten Ende 2009 vorliegen.

Gremium: JHA
Sitzungsdatum: 05.11.2002
Vorlagennummer: 1452/002

Betreff: Errichtung eines Spielplatzes in Köln-Bilderstöckchen, Reutlinger Straße/Uracher Straße

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob in Köln-Bilderstöckchen im Bereich Reutlinger Straße / Uracher Straße der Bedarf für die Einrichtung eines neuen Kinderspielplatzes gegeben ist. Gleichzeitig soll geprüft werden, ob zu diesem Zweck vom Bundesvermögensamt ein unbebautes Grundstück erworben werden kann.

Im Hinblick auf die finanzielle Situation sollte mit den vor Ort Tätigen sowie dem Vorsitzenden der „Bilderstöckchen-Konferenz“ über ein Sponsoring zur Errichtung und Ausstattung des Spielplatzes verhandelt werden.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2008

Der Spielplatz wurde im Dezember 2008 fertig gestellt.
Der Beschluss ist hiermit erledigt.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 16.03.2004
Vorlagenummer: 0288/004 und 0393/004 und 0295/002

Betreff: Förder- und Betreuungsangebote für 10 – bis 14jährige Schulkinder

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, ein bedarfsgerechtes Förder- und Betreuungsangebot für 10 bis 14 jährige Schülerinnen und Schüler anzubieten.

Bei dem Finanzierungskonzept sind vorrangig Landesmittel zu berücksichtigen. Der Landtag hat mit dem Entschließungsantrag DS 13/4970 am 28.01.2004 die Erhöhung der Landesförderung für die Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule beschlossen. Insbesondere sollen gerade für Kinder und Jugendliche in der Sekundarstufe I attraktive Angebote der Freizeit, außerunterrichtliche Bildung sowie spezifische Förderangebote entwickelt werden.

Außerdem ist die Möglichkeit von Elternbeiträgen oder sonstiger finanzieller Mittel (z.B. von Stiftungen oder Initiativen) zu prüfen und die Höhe eventuell verbleibender notwendiger kommunaler Zuschüsse zu ermitteln. Insbesondere ist darzustellen, welche inhaltlichen, konzeptionellen Möglichkeiten bestehen, welche vorhandenen Ressourcen genutzt werden können, welche Kosten damit verbunden und wie die einzelnen Betreuungsformen finanziell auszugestalten sind.

Sachstand:

Sachstand 31.12.2008

Im laufenden Schuljahr 2008/ 2009 gibt es aktuell 70 große (15 – 20 Kinder) und 12 kleine (7 – 14 Kinder) Gruppen „Ganztagsangebote für 10 – 14jährige Schülerinnen und Schüler“. Dies entspricht bis zu 1580 Betreuungsplätzen. Darüber hinaus findet eine weitere Gruppe in der Förderschule für emotionale und soziale Entwicklung in der Blumenthalstraße statt.

Im Rahmen der Ganztagsoffensive der Landesregierung wird das Programm 13plus zum 01.02.2009 in das Programm „Geld oder Stelle“ überführt.

In seiner Sitzung am 18.12.2008 hat der Rat deshalb beschlossen, ergänzende Ganztagsangebote in Schulen der Sekundarstufe I zu fördern. Deckung erfolgt u.a. durch die in den Haushaltsplanberatungen zugesetzten Mittel für die „Ganztagsangebote für 10 – 14jährige Schülerinnen und Schüler“.

Die bestehenden 82 Gruppen, die im Rahmen dieses Programms stattfinden, sollen weiterhin in der bisherigen Form gefördert werden.

Die Abstimmung der unterschiedlichen Angebote und die Erarbeitung einer Konzeption soll in dem neu gegründeten Arbeitskreis Sekundarstufe I, bestehend aus Schul- und Jugendverwaltung sowie Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitsgemeinschaft der Offenen Türen in Köln (AGOT), der Liga der Wohlfahrtsverbände und der Jugendzent-

ren Köln gGmbH (JUGZ), erfolgen.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 19.05.2005
Vorlagenummer: 0748/005

Betreff: Weiterentwicklung des Förder- und Betreuungssystems für Kinder und Jugendliche

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem JHA bald möglichst einen Masterplan zur Beschlussfassung vorzulegen, auf dessen Grundlage die Weiterentwicklung des Förder- und Betreuungssystems für Kinder und Jugendliche in Köln organisiert werden kann. Dabei sind folgende Vorgaben zu berücksichtigen:

1. Vorrangig in Stadtteilen mit besonderem Hilfebedarf ist eine verlässliche Betreuungskette zu organisieren, beginnend bei den unter Dreijährigen bis zu den Vierzehnjährigen.
2. Für Kinder unter drei Jahren sollen zusätzliche Betreuungsplätze eingerichtet werden. Diese auf Grundlage des Gesetzes zum Ausbau der Tagesbetreuung einzurichtenden Plätze sollen die Unterstützung von bürgerschaftlichen Eigeninitiativen und den Trägern der freien Wohlfahrtspflege, die Umwandlung von Kindergarten- und Hortplätzen, betriebliche Angebote und die Tagespflege umfassen.
3. Zusätzlich sollen mit dem 50 Millionen Euro Sonderprogramm der NRW-Landesregierung „Kinderbetreuung U3 als arbeitspolitisches Instrument“ weitere Kinderbetreuungsangebote für langzeitarbeitslose Väter und Mütter eingerichtet werden, damit diese in die Lage versetzt werden eine Beschäftigung aufnehmen zu können. Im Rahmen eines mit der ARGE zu vereinbarenden Kooperationsvertrages ist das Jugendamt der Stadt Köln mit der Organisation und Durchführung zu beauftragen.
4. Die inhaltliche Gesamtkonzeption der Betreuung für unter Dreijährige soll auf den vom AK „Frühförderung und Betreuung unter 3jähriger“ der Leitbildgruppe Moderne Stadtgesellschaft erarbeitenden Leitgedanken basieren.
5. Die Anzahl der Betreuungsangebote im Rahmen der Offenen Ganztagschule ist bis 2007 auf 10.000 Plätze auszubauen. Die Umstellung im Betreuungssystem von Hort auf Offene Ganztagschule ist so zu gestalten, dass kein Kind seinen Betreuungsplatz verliert. Dieser Beschluss gilt vorbehaltlich einer abweichenden Regelung durch die Landesregierung.
6. Die Landesregierung NRW wird in Köln über das Jahr 2007 hinaus rund 1.700 Hortplätze in altersgemischten Gruppen weiter finanzieren. Diese Hortplätze sind in Stadtteilen mit entsprechendem Bedarf zu erhalten.
7. Das bestehende Betreuungsangebot für Schulkinder in altersgemischten Gruppen sowie für das zukünftige Angebot der Offenen Ganztagschule richten sich

an Schülerinnen und Schüler im Alter von 6 – 10 Jahren und sind somit kein Ersatz für die erzieherischen und sozialen Hilfen für 10 bis 14 jährige Kinder und Jugendliche. Aus diesem Grund soll das Angebot von derzeit 1.600 Plätzen für die 10 – 14 jährigen in vollem Umfang erhalten bleiben.

8. Die Finanzierung der Weiterentwicklung des Betreuungssystems soll weitestgehend auf Grundlage von Bundes- und Landeszuschüssen sowie Trägeranteilen und Elternbeiträgen gesichert werden. Notwendige städtische Mittel sind im Haushalt 2005/2006 bereit zu stellen. Entsprechende Deckungsvorschläge sind zu machen.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2008

Die Verwaltung wird dem Jugendhilfeausschuss am 03.02.2009 die Vorlage „Kinderbetreuung für unter 3-Jährige-Ausbauplanung bis 2013“ vorlegen. Der Beschluss vom 19.05.2005 ist damit erledigt.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 26.09.2006
Vorlagennummer: 1465/006

Betreff: Öffentlicher Skaterpark

Beschluss:

Grundsätzlich befürwortet der Jugendhilfeausschuss einen öffentlichen Skaterpark als alternatives Angebot für die Skaterszene zum Roncalliplatz.

Die Verwaltung wird daher beauftragt, mögliche Standorte und Planungsvorentwürfe einschließlich Kosten für Errichtung und Unterhaltung einer solchen Anlage zu prüfen und dem Ausschuss darzustellen. In diesem Zusammenhang soll auch dargestellt werden, ob eine solche Anlage durch die Verwaltung oder einen Träger dauerhaft betreut werden muss und welche Träger dafür in Frage kämen.

Insbesondere ist zu prüfen, welche möglichen Standorte auch eine ausreichende Akzeptanz bei den Nutzern finden. Dies ist insbesondere durch eine adäquate Kinder- und Jugendpartizipation, sowie eine Beteiligung der betroffenen Skaterszene zu eruieren. Der Prozess der Kinder- und Jugendbeteiligung ist dem Jugendhilfeausschuss darzustellen.

Die Prüfergebnisse einschließlich haushaltsmäßige Auswirkungen und Deckungsvorschläge sind Anfang November – vor Beginn der Haushaltsplanberatungen 2007 – vorzulegen.

Sachstand:

Die Verwaltung hat alle Grundlagen zur Anlage eines Skaterparks geprüft und den Beschlussvorschlag den Gremien zum Beschluss vorgelegt. Der Stadtentwicklungsausschuss hat die Vorlage der Verwaltung in seiner Sitzung am 25.10.2007 abgelehnt.

Sachstand zum 30.06.2008

Die Verwaltung hat weitere Standorte überprüft. Als möglicher Standort käme eine Fläche im Bereich der Südbrücke und Kap am Südkai in Frage. Der Dom-Skateboarding e. V. hat bei einem Ortstermin dort auch die Möglichkeit einer Gestaltung als Skaterfläche gesehen, allerdings liegt die erste Präferenz des Vereins für einen Standort im Grüngürtel an der Inneren Kanalstraße.

Der Verwaltung ist das Konzept des Dom-Skateboarding e. V. für eine Skateranlage im Grüngürtel bekannt. Die Möglichkeit der Gestaltung einer Skateranlage von der Flächengröße her gesehen besteht. Die Realisierung stellt sich jedoch problematisch dar, da es sich hierbei um ein Landschaftsschutzgebiet handelt.

Sobald neue Ergebnisse vorliegen, wird der Jugendhilfeausschuss darüber informiert.

Sachstand zum 31.12.2008

Die Konzeption für eine öffentliche Skateranlage "Kap am Südkai" ist mit dem Domskateboarding e. V. erstellt. Die Bereitstellung der Fläche durch die HGK ist bisher

nicht erfolgt. Zurzeit stehen keine finanziellen Mittel für die Umsetzung zur Verfügung.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 26.09.2006
Vorlagenummer: 1384/006 und 1456/006

Betreff: Prüfung über die Einrichtung eines Notfallkindergartens / Qualität Kindertageseinrichtungen

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die Notwendigkeit der Einrichtung sog. Notfallkindergärten zu prüfen, die Möglichkeiten mit ihren finanziellen Auswirkungen darzustellen und ein Konzept vorzulegen, in dem mindestens 2 Kindertagesstätten (rrh. und lrh.) zu Notfall-Kindertageseinrichtungen ausgebaut werden können, die temporär in der Lage sind, in Notfällen ggf. eine ganztägige und ggf. auch eine Übernachtungsbetreuung sicherzustellen oder bereits bestehende Angebote differenziert darzustellen.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, eine Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung in die Wege zu leiten. Sie wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit trotz Kürzung der Landeszuschüsse eine Qualitätsverbesserung der Kinderbetreuung in Köln weiter vorangetrieben werden kann. Dabei sollten folgende Punkte Berücksichtigung finden:

- Flexibilisierung der Öffnungszeiten in Kindertagesstätten bei gleich bleibendem pädagogischen Standard
Dabei ist zu prüfen, inwieweit pro Stadtbezirk eine Kindertagesstätte als Modelleinrichtung eine Ausweitung der Öffnungszeiten anbieten kann.
Gleichzeitig ist das Elternverhalten etwa durch eine Befragung zu evaluieren.
- Die Prüfung, ob die Stadt ein Betreuungsangebot für Kinder vorhalten kann, für die in besonderen Problemlagen –etwa bei Krankheit des / der Erziehungsberechtigten- keine Betreuung mehr möglich ist. Dabei sind auch die Leistungen zu berücksichtigen, die ggf. über die gesetzlichen Krankenkassen bereits abgedeckt sind.
- einen zentralen Ansprechpartner/in bei der Stadt Köln, der für Elternfragen zu Beiträgen und Plätzen in Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagsschulen zur Verfügung steht,
- einen städtischen Internetauftritt, in dem der aktuelle Stand der Umwandlung Horte in OGTS, sowie die verfügbaren Kita-Plätze in Köln abgerufen werden kann,
- eine zuverlässige und rechtzeitige Platzzusage (spätestens sechs Monate vor Schuljahres- bzw. Kindergartenjahresbeginn).

Die für diese aufgeführten Maßnahmen und Angebote zu veranschlagenden Kosten und möglichen Deckungsvorschläge im Hpl 2007 sind rechtzeitig vor Beginn der anstehenden Haushaltsplanberatungen Anfang November vorzulegen.

| Sachstand: | |
|---|--|
| Sachstand zum 31.12.2008 | |
| Ab 01.08.2008 werden in folgenden Einrichtungen erweiterte Öffnungszeiten – nach dem individuellen Bedarf der Eltern – angeboten: | |
| • Bezirk 1, Innenstadt: | Oberländer Wall 31, Willy-Brandt-Platz 3 |
| • Bezirk 2, Rodenkirchen: | Mathiaskirchplatz 21a, Rondorfer Hauptstr. 100 |
| • Bezirk 3, Lindenthal: | Am Beethovenpark 50 |
| • Bezirk 4, Ehrenfeld: | Marienstr. 108-114 |
| • Bezirk 5, Nippes: | Xantener Str. 99h |
| • Bezirk 6, Chorweiler: | Toni-Welter-Str. 4 |
| • Bezirk 8, Kalk: | Martha-Mense-Str. 18 |
| • Bezirk 9, Mülheim: | Charlierstr. 11 |
| | |

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 07.11.2006
Vorlagenummer: 1645/006

Betreff: Regelmäßige ärztliche Untersuchungen für alle Kinder sicherstellen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

- darzulegen, welche konkrete Maßnahmen im Rahmen der Früherkennungsuntersuchungen, die zur Stärkung des Rechts des Kindes auf gesundheitliche Förderung beitragen, sie für erforderlich und umsetzbar hält,
- über den deutschen Städtetag die laufenden Initiativen mit dem Ziel zu unterstützen, wonach die Vorsorgeuntersuchungen zuverlässiger umgesetzt und gesetzlich verankert werden können,
- zu prüfen, welche konkreten Maßnahmen zur Qualifizierung und Sensibilisierung der Fachkräfte auch in Kindertagesstätten und Schulen ergriffen werden können,
- die Erfahrungen aus dem Modellprogramm „Soziale Frühwarnsysteme“ so zu verstetigen, dass ein koordiniertes und wirksames Vorgehen aller mit der Gesundheitsvorsorge und dem Gesundheitsschutz betrauten Stellen zum Wohl der Kinder sichergestellt wird,
- auf eine verbesserte Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure hinzuwirken, um Synergieeffekte zu nutzen und Lösungsvorschläge, unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften, insbesondere Vertreterinnen des Kinderschutzes, der Ärzteschaft, der Jugend- und Gesundheitshilfe und den Wohlfahrtsverbänden zu erarbeiten, wie ein effektiver und umfassender Schutz der körperlichen Unversehrtheit von Kindern im Elternhaus möglichst weitgehend gewährleistet werden kann,
- neuen Ansätze der Kooperation und Früherkennung .insbesondere stadtteilbezogen zu erproben (z.B. im Rahmen der Entwicklung von Familienzentren),
- darzustellen, welche kommunale Rahmenbedingungen für eine integrative Frühförderung von Kindern notwendig sind.

Darüber hinaus ist bei der konkreten Umsetzung von Maßnahmen das Gesundheitsamt zu beteiligen

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2008

Bezüglich des Modellprogramms „Soziale Frühwarnsysteme“, ist der aktuelle Sachstand wie folgt:

Das vom Land NRW geförderte und vom Institut für soziale Arbeit (ISA) Münster wissenschaftlich begleitete Modellprojekt „Herner Materialien“ wird derzeit in weiteren fünf städtischen Tageseinrichtungen für Kinder angeboten. Der Allgemeine Soziale Dienst und der Kinder- und Jugendärztliche Dienst wurde ebenfalls mit eingebunden. Die Schulungen werden in den Räumlichkeiten der städtischen Tageseinrichtungen für Kinder durchgeführt. Die letzten beiden Schulungen finden im Januar 2009 statt.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
 Sitzungsdatum: 08.05.2007
 Vorlagennummer: A/0106/007+A/0205/007

Betreff: Jugendeinrichtungen und -angebote

Beschluss:

Die Verwaltung wurde gebeten zu prüfen (Antrag von Ratsmitglied Frau May, Sitzung des Rates vom 27.03.2007, TOP 2.1.10), ob in der Vergangenheit geschlossene Jugendeinrichtungen und -angebote in den Stadtteilen für die Jugendarbeit – auch mit Hilfe von Sponsoren wieder geöffnet werden könnten. Die Prüfung soll auch eine Aussage darüber treffen, wie die Auswirkungen der vor Jahren getroffenen Schließungsbeschlüsse aus Sicht der Bezirksjugendpfleger beurteilt werden und welche Maßnahmen aus ihrer Sicht hier vordringlich sind.

Dieser Antrag wurde in den Jugendhilfeausschuss verwiesen, wo auf der Grundlage des von Ratsmitglied Frau May am 11.03.2007 gestellten Antrages zu Jugendeinrichtungen und –angeboten die Verwaltung außerdem beauftragt wurde, die im Amt für Kinder, Jugend und Familie erstellte Prioritätenliste vorzulegen, in welcher die Stadtteile aufgeführt werden, in denen eine zusätzliche Einrichtung von Jugendeinrichtungen erforderlich ist.

Ergänzend soll über den Bearbeitungs- und Planungsstand der benannten Maßnahmen berichtet werden sowie ein Abgleich mit den Entwicklungen (z.B. Jugendkriminalität) in den Stadtteilen erfolgen, in denen Jugendeinrichtungen geschlossen wurden bzw. entsprechende Angebote entfallen sind.

In die Prüfung sind auch die Jugendprojekte und die mobile Jugendarbeit einzubeziehen.

Sachstand:

Die Jugendverwaltung hat bereits **2001 im Auftrag des Rates** Standorte benannt, in denen dringend Jugendeinrichtungen ihren Betrieb aufnehmen sollten (DS. Nr.: 2204/001). Grundlage war die sozialräumliche Analyse der Jugendhilfeplanung.

Demnach wurden benannt:

| Stadtteil | Ausführungstand | Träger |
|---|---|---|
| Blumenberg Ostheim/ Gernsheimerstr. | realisiert kleine Einrichtung (Pavillon/ 2 Mitarbeiter) personeller Ausbau erfolgte, baulich kein Ausbau | Kath. Jugendwerke Köln e.V. Veedel e.V. |
| Volkhoven-Weiler | realisiert, aber noch nicht vollständig ausfinanziert | Sozialdienst Katholischer Männer (SKM) e.V. Köln |
| Buchheim | Inbetriebnahme zum 01.08.07, auskömmlich finanziert | Diakonisches Werk |
| Zündorf- Nord Buchforst Ossendorf- Park | nicht realisiert nicht realisiert Jugendprojekt wurde | AWO Kreisverband Köln |

Realisiert / Anmietung
eines kleinen Ladenlokals
Neubau vakant

Aus Sicht der Jugendverwaltung sind die in 2001 an Hand von Planungsdaten benannten Standorte im Ranking richtig gewählt worden.

Die handelnden Akteure vor Ort beschreiben den Bedarf an Jugendarbeit ebenso dringend wie er in 2001 auf der Basis der Jugendhilfeplanungsdaten für die nahe Zukunft prognostiziert wurde. Einzige Ausnahme hierzu ist Zündorf-Nord. Hier ist nicht erkennbar, dass der Bedarf für eine Jugendeinrichtung massiv reklamiert wird.

Zur Realisierung der Jugendeinrichtungen an o. g. Standorten bedarf es z. T. erheblicher Mittel, die bisher nicht zur Verfügung gestellt werden konnten. Zudem waren in den noch offenen Stadtbezirken bislang keine Immobilien vorhanden, in denen Jugendarbeit hätte angesiedelt werden können. Grundstücke zum Bau von Jugendeinrichtungen sind i. d. R. planungsrechtlich gesichert. In den benannten Stadtteilen böte sich jeweils konzeptionell die Errichtung eines Jugend- und Nachbarschaftshauses an, welches schwerpunktmäßig Familien unterstützende Arbeit leistet.

Im Ossendorf- Park werden zurzeit Gespräche mit einem potentiellen Vermieter eines Ladenlokales geführt, um aktuelle Bedarfe kurzfristig aufzufangen. Es handelt sich hierbei aus Sicht der Verwaltung um ein räumliches Provisorium.

Zusätzlich zum Bedarf an „stationären“ Jugendeinrichtungen entstehen immer wieder kleinräumige Bedarfe, die z. T. mit Projekten, z. T. mit dauerhaften und/ oder mobilen Angeboten der Jugendarbeit aufgegriffenen werden. Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgt aus dem laufenden Haushalt, aus z. T. erheblichen Eigenmitteln der Träger oder auch aus Spenden.

Vielfach ist eine „neue“ Förderung daran gekoppelt, dass ein „altes“ Projekt wieder beendet wird. Insgesamt wäre in diesem Bereich mehr „flexibles Geld“ nötig, um auf die Bedarfe, die sich zum Teil kurzfristig, aber sehr massiv zeigen, angemessen reagieren zu können.

Sachstand zum 31.12.2008

Kein neuer Sachstand.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 07.08.2007
Vorlagenummer: A/0304/007

Betreff: Rauchverbot auf Spielplätzen

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Änderung der Spielplatzsatzung der Stadt Köln dahin gehend dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen, dass neben dem bereits geltenden Alkoholverbot ebenfalls ein Rauchverbot auf den städtischen Spielplätzen eingeführt wird.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dementsprechend Hinweisschilder sukzessiv an allen Kölner Spielplätzen deutlich sichtbar anzubringen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einhaltung des Alkohol- und Rauchverbotes auf städtischen Spielplätzen zu kontrollieren und Verstöße entsprechend zu ahnden.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2008

- Zu 1.) Die Änderung der Spiel- und Bolzplatzsatzung ist am 25.09.2008 vom Rat der Stadt Köln beschlossen worden und am 19.11.2008 in Kraft getreten.
- Zu 2.) Es werden zurzeit zusätzliche Piktogramme auf den bereits vorhandenen Spielplatzschildern sukzessiv angebracht.
- Zu3.) Kontrollen finden im Rahmen der personellen Kapazitäten des Ordnungsdienstes statt.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 11.09.2007
Vorlagennummer: A/0368/007

Betreff: Aufarbeitung der Auswirkungen des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)

Beschluss:

Der JHA beauftragt die Verwaltung, die Aufarbeitung der Auswirkungen des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz), dem Arbeitskreis nach § 80 SGB VIII zu übergeben. In einem zweiten Arbeitsschritt werden die jugendpolitischen Sprecher der Fraktionen eingebunden. Anschließend werden die für Köln erarbeiteten Auswirkungen dem JHA zur Endberatung nochmals vorgelegt.

Sachstand:

Sachstand 31.12.2008

Das Land hat eine Erhöhung der Förderung für Schulkinderplätze abgelehnt. Bei den neuen U3-Plätzen konnte eine Erhöhung der vom Land geförderten Plätze von zunächst 4.009 Plätzen auf 4.223 Plätze erreicht werden, die von anderen Jugendämtern zurückgegeben wurden. Damit sind noch etwa 400 neu geschaffene Plätze nicht vom Land gefördert. Diese Zahl verringert sich aber durch Änderungsanträge von Trägern (z.B. wegen späterer Neueröffnung) noch ständig weiter. Eine verlässliche Aussage über die Mindereinnahmen der Stadt gegenüber der Hpl.-Anmeldung kann daher erst nach Abrechnung des Kindergartenjahres erfolgen. Diese ist für den 31.08.2009 mit Einreichung der Verwendungsnachweise der Träger angesetzt, die dann anschließend noch zu prüfen sind. Daher kann die Verwaltung die Zahlen erst zum Ende des Jahres 2009 vorlegen.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 30.10.2007
Vorlagenummer: A/0939/007

Betreff: Bildungslandschaft Höhenberg / Vingst

Beschluss:

Die Schul- und Jugendverwaltung wird gebeten, im Sinne einer regionalen Bildungslandschaft Gespräche mit den örtlichen Akteuren wie z. B. den Schulen, der GAG, der Gebäudewirtschaft der Stadt und den Wohnungsversorgungsbetrieben zu führen, um gemeinsam Vorschläge einer besseren Koordination vor Ort zu entwickeln.

Ziel des vorliegenden Antrages ist die Prüfung der Schaffung eines Kooperationsverbunds, der das Veedel zwischen Olpenerstr., Burgstr., Schulstr., und Nürnberger Str. so fördert, dass die Kindertagesstätte, die Montessori Grundschule, die Ganztags-hauptschule, das Projekt Mehrgenerationen Wohnen der GAG und der normale Wohnungsbestand der GAG und die Sozialhäuser in diesem Stadtquartier als Ganzes betrachtet und gedacht wird.

Dabei ist eine enge Abstimmung mit den wesentlichen Akteuren des vorhandenen Sozialraumprojektes zu suchen.

Zu prüfen ist weiterhin, inwieweit dieses Projekt als Model für die Ausbreitung von regionaler Bildungslandschaft in andere Sozialräume geeignet ist.

Zusatz:

Über die Ergebnisse der laufenden Abstimmungen des Kooperationsverbundes werden die zuständigen Ausschüsse (Schule und Weiterbildung und JHA) regelmäßig informiert.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2008

Der Rat hat in seiner Sitzung am 13.11.2008 der von der Verwaltung vorgelegten Beschlussvorlage (Vorgangs-Nummer 4050/2008) einstimmig zugestimmt.

Die beteiligten Fachausschüsse werden im weiteren Verlauf regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen informiert.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 04.12.2007
Vorlagenummer: AN/1498/2007

Betreff: Attraktivierung sowie Einrichtung von Spiel- und Freizeitflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, ein Konzept mit folgenden Zielsetzungen zu erarbeiten:

- Realisierung attraktiver Spielflächen in neu erschlossenen Wohngebieten
- Schaffung innovativer Spielmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche
- Ersatzbeschaffung von defekten Spielgeräten auf Kinderspielplätzen
- Unterstützung von niedrighschwelligem Angeboten auf öffentlichen Flächen wie z. B. „Köln kickt“, „Kidsmiling“ sowie die Initiierung weiterer Angebote in Abstimmung mit den Sozialraumkoordinatoren
- Ausbau der Unterstützung für ehrenamtliche Spielplatzpaten
- Erstellung einer Liste neu erschlossener Wohngebiete, in denen bisher noch keine Spielflächen realisiert wurden.

Die Antragsteller bitten um Prüfung, welche organisatorischen, personellen, räumlichen wie finanziellen Voraussetzungen zur Erreichung dieser Ziele notwendig sind, um auf Basis dieser Fakten eine Umsetzung ab 2008 entscheiden zu können.

Sachstand:

In der Sitzung am 22.01.2008 hat die Verwaltung Stellung zum o. g. Beschluss des JHA genommen. Die Verwaltung hat die Erstellung eines Masterplans für alle Maßnahmen im öffentlichen Raum empfohlen und darauf hingewiesen, dass dieser nur unter der Prämisse erfolgen kann, dass dafür Personal zugesetzt würde.

Der JHA hat daraufhin beschlossen, die Umsetzung des Auftrages in die Haushaltsplanberatungen zu vertagen.

Sachstand zum 31.12.2008

Sofern Personal für diesen Bereich zugesetzt wird, kann die Erstellung des Masterplans erfolgen.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 22.01.2008
Vorlagenummer: AN/1390/2007

Betreff: „Familienatlas 2007 – Verbesserung der Familienfreundlichkeit“

Beschluss:

Der JHA beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob die bestehenden Freizeitangebote und Freizeiteinrichtungen zeitgemäß sind und der Zugang zu diesen Einrichtungen und Angeboten den Bedürfnissen der potentiellen Nutzer entspricht. Geprüft werden soll dabei auch, ob eine Vernetzung mit den Schulen vor Ort erfolgt.

Des Weiteren beauftragt der JHA die Verwaltung, die fachliche Einschätzung zu den Aussagen des Familienatlases kurzfristig zur Verfügung zu stellen.

Sachstand:

Sachstand zum 30.06.2008

Der Jugendhilfeausschuss hat die Verwaltung beauftragt, ein Konzept für die Attraktivierung und Einrichtung von Spiel- und Freizeitflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum zu erstellen. Das Konzept wird nun von der Verwaltung erarbeitet.

Sachstand zum 31.12.2008

Kein neuer Sachstand.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 22.01.2008
Vorlagennummer: AN/1607/2007

Betreff: Politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Beschluss:

Der JHA beauftragt die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der AG § 78 - Jugendverbandsarbeit – konstruktive Vorschläge zu Möglichkeiten der Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln und diese im Anschluss dem JHA vorzustellen. Alle Betroffene, welche eine öffentliche Förderung durch die Stadt Köln in diesen Bereichen erhalten, sollten in diese Entwicklung mit Vorschlägen integriert werden.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2008

Der Kölner Jugendring e.V. nimmt seit August 2008 regelmäßig an den Sitzungen der AG § 78 –Partizipation- teil. Da partizipatives Wirken ein grundlegendes Element der Jugendverbandsarbeit ist, tragen die Erfahrungen der Jugendverbände wesentlich zur inhaltlichen Auseinandersetzung bei. Ein abschließender Bericht wird in der 1. Jahreshälfte 2009 vorgelegt. Darüber hinaus gibt es seitens des Kölner Jugendring e.V. Überlegungen, ein eigenes Handlungspapier zum partizipativen Handeln in einer der Sitzungen des JHA im Jahre 2009 zu platzieren.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 22.01.2008
Vorlagenummer: AN/1661/2007

Betreff: Konzept für einen „Familienpark“ im Bereich der Zoobrücke in Köln-Mülheim

Beschluss:

Der JHA beauftragt die Verwaltung, ein Konzept zur Gestaltung und Finanzierung eines „Familienparks“ im Bereich der Brache unter der Zoobrücke vorzulegen. Die Konzeption soll in Zusammenarbeit mit dem Jugendpark erarbeitet und abgestimmt werden.

Der „Familienpark“ stellt eine Ergänzung zum Jugendpark dar und soll u. a. folgende Angebote beinhalten: interaktive Musikinstrumente, einen Hochseilgarten, Minicars oder auch eine Modellfahrzeugbahn. Damit soll auch eine Aufwertung des Jugendparks am Rhein einhergehen.

Die Verwaltung soll die haushaltsmäßigen Auswirkungen in 2008 für dieses Projekt darstellen und die Möglichkeiten prüfen, ob dafür ggf. Drittmittel oder Landesmittel eingeworben werden können.

Außerdem soll die Verwaltung prüfen, ob die zwischenzeitlich zur Verfügung stehenden Mittel des Landes in Höhe von 800.000 Euro (Zuschuss Städtebauförderungsmittel) entsprechend einem anderen Verwendungszweck zugeführt werden können.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2008

Die Bezirksregierung hat gegenüber der Stadt Köln signalisiert, dass die finanziellen Mittel (ehemals für den Skaterpark) auch für den Familienpark zur Verfügung gestellt werden können. sie hat darum gebeten, einen entsprechenden Entwurf für den Familienpark zu erstellen.

Die Verwaltung hat der Bezirksregierung ein Planungskonzept vorgestellt. Das Planungskonzept wurde grundsätzlich positiv aufgenommen. Eine Entscheidung liegt jedoch noch nicht vor.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 15.04.2008
Vorlagenummer: AN/0448/2008

Betreff: Frühkindliche Förderung

Beschluss:

Der JHA beauftragt die Verwaltung:

1. darzulegen, wie in Köln die frühkindliche Förderung (aller Kinder im Alter von der Geburt bis zur Einschulung) und die Frühförderung der Kinder (im Alter von der Geburt bis zur Einschulung) mit heilpädagogischem und medizinisch-therapeutischem Frühförderbedarf aufgestellt ist.
Dies beinhaltet eine Überprüfung, ob und wie die bereits eingerichteten bzw. geplanten Module des Frühwarnsystems einschließlich der U1 bis =9 Untersuchungen ab 2008 in das Gesamtsystem der frühkindlichen Förderung (einschließlich der Frühförderung) eingepasst sind.
2. darzustellen, wie ein Ausbau und eine Vernetzung der gesamten frühkindlichen Förderung, einschließlich der unterschiedlichen Frühfördermaßnahmen im Sinne der Rehabilitation erfolgen kann.
3. zu prüfen, ob der Bedarf für eine konzeptionelle Überarbeitung der Frühfördersysteme –auch im Hinblick auf die ab August 2008 geltenden Regelungen des KiBiz- gegeben ist.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2008

Dem JHA wurde in der Septembersitzung eine ausführliche Auswertung vorgelegt, inwiefern die Module des Frühwarnsystems in das Gesamtsystem der frühkindlichen Förderung eingepasst sind.

Das nordrhein-westfälische Landeskabinett hat am 29. August 2008 die Verordnung zur Datenmeldung der Teilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen/ U-Untersuchungen beschlossen (GV.NW, S. 624). Die Verordnung sieht vor, dass Kinderärztinnen und Kinderärzte an die „Zentrale Stelle Gesunde Kindheit“ im Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit melden, welche Kinder an den Vorsorgeuntersuchungen U 5 bis U 9 teilgenommen haben. Durch einen Abgleich mit den Daten der Meldebehörden kann die Zentrale Stelle feststellen, welche Kinder nicht an den Untersuchungen teilgenommen haben. Die Personensorgeberechtigten dieser Kinder werden dann von der Zentralen Stelle erinnert, die Früherkennungsuntersuchung durchführen zu lassen. Erfolgt dann binnen vier Wochen keine Mitteilung über die Teilnahme, informiert die Zentrale Stelle den für den Wohnsitz des Kindes zuständigen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Dieser entscheidet in eigener Zuständigkeit, ob Anhaltspunkte für die Gefährdung des Kindeswohls vorliegen und welche Maßnahmen notwendig und geeignet sind.

Die Jugend- und Gesundheitsverwaltung erarbeitet zur Zeit ein Konzept, wie die Verordnung des Landes in das Gesamtsystem frühkindliche Förderung eingebettet werden kann.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 15.04.2008
Vorlagennummer: AN/0467/2008

Betreff: Familienzentren in Köln

Beschluss:

Der JHA bittet die Verwaltung, das jeweilige Angebotsspektrum sowie die Annahme bzw. Akzeptanz aller in Köln existenten Familienzentren zu beschreiben und zu bewerten.

Abschießend soll die Verwaltung aus fachlicher Sicht darlegen, ob Handlungsbedarf hinsichtlich einer Angebotserweiterung in bereits bestehenden oder auch mittels zusätzlich einzurichtender Familienzentren gesehen wird.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2008

In Köln sind bisher 67 Tageseinrichtungen für Kinder zu Familienzentren weiterentwickelt worden. Die Aufbauphase ist bei den meisten Familienzentren abgeschlossen und 35 Familienzentren sind zertifiziert und haben das Gütesiegel Familienzentrum NRW erhalten.

Um eine Übersicht der Angebotsstruktur der Kölner Familienzentren zu erhalten, wurden diese anhand eines Fragebogens seitens des Amtes für Kinder, Jugend und Familie befragt. Von den 67 Familienzentren haben 45 Familienzentren den Fragebogen ausgefüllt zurück gesandt. Dieser wurde ausgewertet und die Ergebnisse liegen nach Stadtteilen sortiert vor. Die Auswertung wird dem JHA in der nächsten Sitzung am 03.02.2009 vorgelegt.

Durch den jährlichen weiteren Ausbau von Tageseinrichtungen für Kinder zu Familienzentren, wird die Angebotsstruktur in den entsprechenden Stadtbezirken ausgebaut. In den Stadtteilen mit erhöhtem Hilfebedarf entstehen jährlich mehr Familienzentren und der Bedarf an klientenorientierten Angeboten wird zunehmend erweitert.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 20.05.2008
Vorlagenummer: AN/0867/2008

Betreff: Angebote zur schulischen Begleitung von Jugendlichen ab 15 Jahren

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung mit einer Erhebung und Darstellung des derzeitigen Betreuungs- und Hilfsangebotes für Jugendliche ab einem Alter von 15 Jahren in Köln.

Zudem ist fachlich zu bewerten, ob dieses Angebot als bedarfsdeckend angesehen wird bzw. welche Ergänzungsangebote erforderlich sind, um die Jugendlichen in Köln in geeigneter und ausreichender Form zu unterstützen und zu betreuen.

Zusatz:

Außerdem soll die Verwaltung darstellen, welche Unterstützungsmöglichkeiten die Schule in diesem Bereich bietet.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2008

Seit dem 01.08.2008 finden im Rahmen der „Hausaufgabengruppen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und bildungsbenachteiligte Kinder“ 30 große (11 – 15 Kinder) und 3 kleine (7 – 10 Kinder) Gruppen statt. Dies entspricht bis zu 480 Plätzen.

Durch die Zusetzung von Mitteln in Höhe von 200.000.- € für 2009 kann im nächsten Jahr sowohl die Gruppenzahl, als auch der Zuschuss pro Gruppe erhöht werden. Entsprechende Anträge liegen bereits vor; ein Treffen mit den betroffenen Trägern zur Abstimmung der Veränderungen hat bereits stattgefunden.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 17.06.2008
Vorlagennummer: AN/1118/2008

Betreff: Mehr Spiel- und Freizeitflächen für Kinder und Jugendliche

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung –insbesondere auch als Konsequenz für die geplante Umsetzung des Bürgerhaushalts im Doppelhaushalt 2008 / 2009- ein umfangreiches Programm zur Attraktivierung der Spiel- und Freizeitflächen für Kinder in Köln zu erarbeiten und unter Beteiligung der Bezirksvertretungen umzusetzen. Das gesamtstädtische Konzept soll eine Prioritätensetzung sowie eine Kostendarstellung möglicher Maßnahmen enthalten.

Im Rahmen eines zu entwickelnden Gesamtplans für Maßnahmen im öffentlichen Raum müssen folgende Zielsetzungen erreicht werden:

- Erstellung eines aktuellen Spielplatzbedarfsplans
- Realisierung attraktiver Spielflächen in neu erschlossenen Wohngebieten
- Schaffung innovativer Spielmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche
- Neuanschaffung wie Ersatzbeschaffung von defekten Spielgeräten auf Kinderspielplätzen
- Ausbau der Unterstützung für ehrenamtliche Spielplatzpatinnen und –paten
- Neuauflage des Programms „Schulhöfe als Spielhöfe“

Zudem ist zu prüfen, inwieweit die Zuständigkeit zum Erhalt und zur Pflege der Spielflächen verwaltungsintern optimiert werden kann.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2008

Die Verwaltung wird dazu ein gesamtstädtisches Konzept erarbeiten und prüfen wie die Schnittstellenregelung optimiert werden kann.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 16.09.2008
Vorlagennummer: AN/1920/2008

Betreff: Konkretisierung von Maßnahmen zum Hpl.-Entwurf für das Hj. 2008/09

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Mittel im Doppelhaushalt 2008/2009 wie folgt zuzuteilen:

Für 2008:

| Maßnahme | Ergebnisplan | Finanzplan |
|-------------------|---------------------|-------------------|
| Kölner Jugendring | 30.000 Euro | 30.000 Euro |

Zuschuss für die Förderung der Geschäftsstelle des Kölner Jugendrings.

| Maßnahme | Ergebnisplan | Finanzplan |
|--|---------------------|-------------------|
| Leitbild Moderne Stadtgesellschaft (ev. Jugendpfarramt) Projekt Sprachförderung | 10.000 Euro | 10.000 Euro |

Projektfinanzierung zur Einführung des Sprachförderprogramms „KonLab“ in ausgewählten Kindertagesstätten.

| Maßnahme | Ergebnisplan | Finanzplan |
|---|---------------------|-------------------|
| Attraktivierung der Spiel- und Freizeitflächen | | 500.000 Euro |
| Bauunterhaltung Jugendeinrichtung | | 250.000 Euro |
| Erhalt und Ausbau von Skateranlagen | | 50.000 Euro |

Die Verwaltung wird gebeten, zum Jugendhilfeausschuss am 9. Dezember 2008 eine Vorlage zu erarbeiten, wie die investiven Mittel eingesetzt werden könnten. Für die Attraktivierung der Spiel- und Freizeitflächen verweisen wir auf den JHA -Beschluss vom 17. Juni 2008.

Für 2009

| | | |
|--|-------------------------------------|-------------------------------------|
| Maßnahme Zuschuss Haus der Familie in Rondorf | Ergebnisplan 108.000 Euro | Finanzplan 108.000 Euro. |
| Zuschuss für Betriebs- sowie Personalkosten; die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Vorlage für eine der nächsten JHA-Sitzungen vorzubereiten. | | |
| Maßnahme Ferienhilfswerk | Ergebnisplan 100.000 Euro | Finanzplan 100.000 Euro. |
| Zuschuss für die Realisierung von Ferienangeboten für Kinder über 12 Jahren durch das Ferienhilfswerk. Erarbeitung und Durchführung von attraktiven und jugendgemäßen Programmen, um Jugendliche vor Ort in eine Ferienmaßnahme zu integrieren. Bisher sind kaum niederschwellige Ferienangebote vorhanden. Die meisten Angebote sind bisher nur für 6 – 14jährige konzipiert. Die Verwaltung wird gebeten, eine entsprechende Vorlage zeitnah zu erstellen. | | |
| Maßnahme Erhaltung der bilingualen Kindertagesstätten in Kalk und Ausweitung auf türkisches und russisches Sprachangebot | Ergebnisplan 40.000 Euro | Finanzplan 40.000 Euro. |
| Zuschuss für die Intensivierung des muttersprachlichen Ansatzes und interkultureller Arbeitsmethoden mit dem Ziel der Verbesserung der Sprachfähigkeit und Integration von nicht deutsch sprechenden Kindern und ihren Familien. | | |
| Maßnahme Leitbild Moderne Stadtgesellschaft (ev. Jugendpfarramt) Projekt Sprachförderung | Ergebnisplan 10.000 Euro | Finanzplan 10.000 Euro. |
| Projektfinanzierung des Sprachförderprogramms „KonLab“ in ausgewählten Kindertagesstätten. | | |
| Maßnahme Kölner Jugendring | Ergebnisplan 30.000 Euro | Finanzplan 30.000 Euro. |
| Zuschuss für die Förderung der Geschäftsstelle des Kölner Jugendrings. | | |
| Maßnahme Attraktivierung der Spiel- und Freizeitflächen | Ergebnisplan | Finanzplan 1.000.000 Euro |

| | |
|--------------------------------------|--------------|
| Bauunterhaltung Jugendeinrichtung | 250.000 Euro |
|--------------------------------------|--------------|

Die Verwaltung wird gebeten, zum Jugendhilfeausschuss am 9. Dezember 2008 eine Vorlage zu erarbeiten, wie die investiven Mittel eingesetzt werden könnten. Für die Attraktivierung der Spiel- und Freizeitflächen verweisen wir auf den JHA -Beschluss vom 17. Juni 2008.

| Maßnahme | Ergebnisplan | Finanzplan |
|------------------------------------|--------------|------------|
| Erhalt und Ausbau Skateranlagen | | 250.000 |

Die Verwaltung wird gebeten, zum Jugendhilfeausschuss am 9. Dezember 2008 eine Vorlage zu erarbeiten, wie die investiven Mittel eingesetzt werden könnten.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2008

Die Verteilung der im VN zum Doppelhaushalt 2008/2009 zugesetzten Mittel wurde vom JHA in den Sitzungen am 04.11 und 09.12.2008 für das Haushaltsjahr 2008 vorgelegt.

Für folgende, auch im Haushaltsjahr 2009 greifende Maßnahmen erfolgte bereits am 09.12.2008 die entsprechende Beschlussfassung:

- Geschäftsstellenförderung Kölner Jugendring / 2008 und 2009
- Leitbild moderne Stadtgesellschaft / Projekt Sprachförderung / 2008 und 2009
- Attraktivierung Spiel- /Freizeitflächen (d.h. Prioritätenliste von 512) / 2008 und 2009
- Erhalt / Ausbau Skateranlagen (d.h. Prioritätenliste von 512) / 2008 und 2009
- Naturfreundehaus Kalk – Pavillon

Für folgende, im Haushaltsjahr 2009 greifende Maßnahmen werden entsprechende Vorlagen zur Beschlussfassung vorgelegt:

- Schulsozialarbeit (Zusetzung erst ab 2009)
- Bauunterhaltung Jugendeinrichtungen
- Gesundheit- und Sportförderung in Kitas
- Ferienhilfswerk (zum Jahresbeginn 2009 für Oster- u. Sommerferien)
- Erhaltung der bilingualen Kita Kalk / Ausweitung des Sprachangebotes
- Erweiterung / Ausbau Sozialraum
- Jugendkulturarbeit
- Pferdeschutzhof
- Hausaufgabenhilfe (vorrangige Berücksichtigung des AAK mit 40.000 €)